

Die Welt wird zu Hause gerettet

Nach dem Scheitern des Kopenhagener Klimagipfels steht der globale Emissionsrechtehandel vor dem Aus. Stattdessen sollten die Staaten künftig auf nationale Klimasteuern setzen **VON CLAUDIA KEMFERT**

Das Scheitern des Klimagipfels von Kopenhagen hat gezeigt, dass es in den kommenden Jahrzehnten keine einvernehmliche Lösung für alle Staaten der Erde geben kann. Die Welt hat neben dem Klimawandel viele andere Probleme wie beispielsweise Hunger, Armut, Krankheit oder der mangelnde Zugang zu Energie und sauberem Trinkwasser. Die hohen Erwartungen an ein globales Abkommen haben die Klimaverhandlungen zunehmend überfordert.

Aus dem Scheitern der Verhandlungen sollten wir deshalb einige Dinge lernen: Erstens sollten Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel zukünftig im Rahmen von getrennten Abkommen verhandelt und verbindlich festgelegt werden. Die G20-Staaten haben das Ziel, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, bereits anerkannt. Sie sollten nun auch die Emissionsminderungsziele für die kommenden Jahrzehnte vereinbaren und verbindlich festlegen. Im Rahmen der globalen Uno-Klimatreffen sollten dagegen künftig ausschließlich die Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel behandelt werden. Insbesondere müssen die Industriestaaten konkrete finanzielle Ausgleichsmaßnahmen für die Schwellen- und Entwicklungsländer festlegen.

Zweitens ist das Scheitern von Kopenhagen auch das Scheitern der globalen Klimaschutzmaßnahmen, allen voran des globalen Emissionsrechtehandels. Dieser Handel ist zwar volkswirtschaftlich effizient, weil der CO₂-Preis, der

sich am Markt entwickelt, idealerweise das Resultat von Angebot und Nachfrage abbildet und somit die Vermeidungskosten einzelner Volkswirtschaften optimiert. Da die Emissionszertifikate aber nach einem Pro-Kopf-Maßstab verteilt werden, hätte der Handel zur Folge, dass enorme Finanzströme von Industriestaaten in Schwellen- und Entwicklungsländer fließen würden. Dass dies von den Industriestaaten abgelehnt wird, hat unterschiedliche Gründe. Zum einen ließe sich nur schwer sicherstellen, dass die Gelder in den Entwicklungsländern auch tatsächlich für den Klimaschutz ausgegeben werden. Zum anderen hat die Finanzkrise zur Folge, dass die Bereitschaft zur Bereitstellung finanzieller Ausgleichsmaßnahmen für den Klimaschutz deutlich sinkt. Kopenhagen hat sehr deutlich vor Augen geführt, dass selbst Vorschläge geringer Zahlungen von Industriestaaten für Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern keine Mehrheit gefunden haben.

Doch nicht nur Kopenhagen hat gezeigt, dass der globale Emissionsrechtehandel keine Zukunft haben wird. Um einen Preis für klimaschädliche Emissionen zu erhalten, der die tatsächlichen Marktgeschehnisse und die Vermeidungskosten einzelner Staaten korrekt wiedergibt, müssten nicht nur alle Länder, sondern auch alle Sektoren und alle Treibhausgase einbezogen werden. Die Erfahrungen mit dem Europäischen Emissionsrechte-

handel lehren, dass es diese ideale Welt nie geben wird. Zudem hat uns die Finanzkrise gezeigt, dass Spekulationen die Marktpreise künstlich beeinflussen können und somit ein „richtiger“ Marktpreis niemals erreicht werden wird.

Der US-Ökonom und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz fordert als Konsequenz eine globale Klimasteuer in Höhe von 80 \$ pro Tonne CO₂. Der Vorteil einer solchen Lösung ist, dass sie politisch leichter durchsetzbar ist, da die einzelnen Länder durch Einführung einer solchen Steuer eigene Einnahmen generieren würden. Politiker lieben Steuern genau aus diesem Grund. Eine solche Lösung hätte jedoch den Nachteil, dass ein Preis von 80 \$ nicht die wahren

Der Nachteil der Steuer: Sie verdeckt den wirklichen Preis des Klimaschutzes

Emissionsvermeidungskosten eines jeden Landes reflektiert. In den USA etwa gibt es aufgrund der großen Energieverschwendung genügend Möglichkeiten zur Energieeinsparung, die deutlich billiger sind als 80 \$ pro vermiedene Tonne CO₂. In Ländern wie Japan, wo bereits viele Sparmöglichkeiten ausgeschöpft wurden, sind die Kosten weiterer CO₂-Vermeidung jedoch weitaus höher. Eine solche Steuer würde somit nicht in ausreichendem Maße die richtigen Anreize setzen, um in Klimaschutz zu investieren. Sie sollte deshalb nicht einheitlich sein, sondern in jedem Land an die jeweiligen Vermeidungskosten angepasst werden.

Viele Länder haben bereits umfangreiche Klimaschutzinstru-

mente inklusive Klimasteuer eingeführt. Frankreich steht kurz davor, eine Klimasteuer zu beschließen, Deutschland und viele andere Länder haben bereits eine. Frankreich fordert, dass die Länder, die keine Klimasteuer einführen, mit Klimazöllen bestraft werden. Von solchen Strafen wären somit fast alle Länder betroffen, die mit Europa Handel betreiben – von China bis zu den USA.

Klimazölle sind gemäß globaler WTO-Regeln nur schwer durchsetzbar. Zudem haben sie den Nachteil, dass handelsorientierte Länder wie Deutschland von derartigen Zöllen besonders negativ betroffen sein können. Somit sollte der Appell nicht in Richtung Strafzölle gehen, sondern eher in Richtung Klimasteuer. Sie wäre vor allem in den USA, Australien, Kanada oder auch in China angebracht. Vermutlich hat Joseph Stiglitz genau solche Staaten im Sinn, wenn er die Einführung einer Klimasteuer fordert.

Das Scheitern von Kopenhagen hat deutlich gemacht, dass wir uns von allen vereinheitlichten globalen Klimaschutzinstrumenten verabschieden müssen. Das bedeutet auch, dass es keine einheitliche Klimasteuer geben wird – genauso wenig wie einen einheitlichen Emissionsrechtehandel. Aber vielleicht werden die USA nun endlich selbst mit dem Klimaschutz beginnen – eine nationale Klimasteuer wäre immerhin ein Anfang.

CLAUDIA KEMFERT ist Energieexpertin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Professorin an der Hertie School of Governance in Berlin.